



# Evangelische Verantwortung



## Dialog der Religionen in einer pluralen Gesellschaft

Festrede anlässlich der Verleihung  
der „Ehrenmedaille des EAK zum  
Gedenken an Hermann Ehlers“

Bischof Dr. Wolfgang Huber  
Ratsvorsitzender der EKD *Seite 3*

In evangelischer Verantwortung  
vor Gott und den Menschen

Thomas Rachel MdB  
Laudatio des  
EAK-Bundesvorsitzenden *Seite 10*

- 14** *Resolution: „Integration verbessern“*
- 15** *Thesen zur „Gerechten Teilhabe“*
- 16** *Aus unserer Arbeit*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



„Wir dürfen stolz auf das sein, was wir gemeinsam in den letzten Jahren erreicht haben.“

der **Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)** ist neu gewählt worden. Ihm gehören als stellvertretende Bundesvorsitzende die Thüringische Fraktionsvorsitzende **Christine Lieberknecht** MdL, der Landesvorsitzende des EAK der CSU, **Dr. Ingo Friedrich** MdEP, der hessische Landtagspräsident **Norbert Kartmann** MdL, der Leiter der Abteilung „Ältere Menschen“ im Bundesfamilienministerium und Vorsitzender der EAK-Grundsatzprogrammkommission, **Dieter Hackler**, und der Landesvorsitzende des

EAK-Baden-Württemberg, **Hans-Michael Bender**, an. Bei den Besitzern sind die ehemalige Bundesvorsitzende des RCDS, **Dorlies Last** (Thüringen), **Dr. Michael Franz** (Saarland) und **Karen Koop** (Hamburg) sowie **Apostolos Milionis** (Baden-Württemberg) neu dazu gekommen. Den zum Teil langjährigen Mitgliedern des EAK-Bundesvorstandes, die wir auf der zurückliegenden **44. Bundestagung** in Potsdam verabschiedet haben, möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz besonders für ihre Arbeit und ihr Engagement danken und ihnen für ihren künftigen Lebensweg alles Gute und Gottes Segen wünschen: Es sind dies die hessische Kultusministerin **Karin Wolff** MdL, **Gustav Isernhagen** (Niedersachsen), **Eleonore Rudolph** (Hamburg), **Franz Doleschal** (Baden-Württemberg), **Johanna Köhler** (Thüringen), **Hartmut Decker** (Sachsen) und der EAK-Landesvorsitzende **Volker Oberhausen** (Saarland). Ganz persönlich möchte ich mich schließlich auch für das breite und ermutigende Vertrauen bedanken, das mir auf der 44. Bundestagung in Potsdam erneut entgegengebracht wurde.

Dass wir es in den letzten Jahren abermals geschafft haben, den EAK im nun mittlerweile 55. Jahr seines Bestehens weiter nach vorne zu bringen und ihn zu einer viel beachteten Stimme in Kirche, Politik und Gesellschaft zu machen, ist aber vor allem auch das Verdienst von Ihnen allen, die Sie auf Kreis-, Landes-

oder Bundesebene in verlässlicher Weise mitarbeiten, sich ehrenamtlich engagieren oder uns als Leserinnen und Leser der „Evangelischen Verantwortung“ sowohl ideell durch Ihr Interesse als auch finanziell unterstützen. Ihnen allen sei an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön gesagt!

Einer der Höhepunkte unserer Potsdamer Tagung war die Rede des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Bischof Dr. Wolfgang Huber**, sowie die Überreichung der **Ehrenmedaille des EAK zum Gedenken an Hermann Ehlers** an ihn im Rahmen eines Festaktes. Beides haben wir in diesem Heft für Sie dokumentiert. Die übrigen Vor- bzw. Beiträge der 44. Bundestagung werden teils in einer der nächsten Ausgaben der „Evangelischen Verantwortung“ (EV) veröffentlicht, teils in Kürze im Internet unter [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de), Rubrik „Bundestagung“ abrufbar sein. Gegen eine kleine Unkostenpauschale von EUR 5,- (inkl. Porto und Versand) können Sie in der EAK-Bundesgeschäftsstelle bzw. unter derselben Internetadresse außerdem die entsprechenden **Live-Mitschnitte der Tagung auf DVD bzw. CD** anfordern.

Der EAK – das zeigt sich immer wieder – war und ist im Mittelpunkt des Geschehens, wenn es um Politik, Kirche und Glaube geht. Das ist auch gerade wieder auf dem **31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln** deutlich geworden. Auf dem **Kirchentagsempfang des EAK** waren über 700 Gäste aus Kirche und Politik versammelt und kamen miteinander ins Gespräch (s. hierzu auch den Bericht vom Kirchentag auf S. 16).

Der EAK ist die Brücke zwischen Kirche und Politik in der Union. Wir dürfen stolz auf das sein, was wir gemeinsam in den letzten Jahren erreicht haben. Dass es klare politische Bekenntnisse auf der Basis des christlichen Menschenbildes geben kann und diese keineswegs auf Kosten eines gesunden und ausgewogenen Klimas der Sachhaltigkeit, der Offenheit und auch der Differenziertheit gehen, dafür steht heute der EAK.

Gottes Segen!

**Thomas Rachel** MdB  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Dialog der Religionen in einer pluralen Gesellschaft
- 10 In evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen
- 13 Evangelisches Leserforum
- 14 Resolution „Integration verbessern“
- 15 Thesen zur „Gerechten Teilhabe“
- 16 Aus unserer Arbeit – Rückblick: 31. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln/ 44. Bundestagung des EAK in Potsdam



# Dialog der Religionen in einer pluralen Gesellschaft

Überlegungen aus evangelischer Perspektive

| Bischof Dr. Wolfgang Huber

**Die Frage, wie die verschiedenen Religionen in einen gelingenden Dialog miteinander treten können, ist dieser Tage aktueller denn je. Ihr geht der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, in seiner Festrede nach, die er anlässlich der Verleihung der „Ehrenmedaille des EAK zum Gedenken an Hermann Ehlers“ am 16. Juni 2007 auf der 44. EAK-Bundestagung in Potsdam hielt. Die Hermann-Ehlers-Medaille wird im Namen des EAK-Bundesvorstandes an herausragende Persönlichkeiten in Kirche und Politik vergeben, die sich in besonderer Weise Verdienste in evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen erworben haben.**

**I** Sehr verehrter, lieber Herr Rachel, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Zeit des Wandels; das erlebe ich heute am eigenen

Leib. Wer mir vor einigen Jahren vorausgesagt hätte, ich würde einmal aus diesem besonderen Anlass hier einen Festvortrag halten dürfen, der hätte bei mir doch ungläubiges Erstaunen ausgelöst; ich glaube aber auch, dass im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU selber der Vorschlag, der im Laufe dieses Vormittags Gestalt annimmt, noch vor nicht allzu langer Zeit verblüffend gewirkt hätte. Ich sage das bewegten Herzens, weil ich dankbar dafür bin, dass in den letzten Jahren die Basis für vertrauensvolle Gespräche über Grundfragen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer Weise gewachsen ist, die mich zuversichtlich stimmt. Diese Entwicklung, dieser Wandel, den ich an den Anfang meiner Überlegungen stellen möchte, zeigt auch, dass die Herausforderungen, vor denen wir als Christen angesichts der großen Zukunftsfragen stehen, uns dazu bewegen, alte Grenzziehungen hinter der gemeinsamen

Verantwortung zurücktreten zu lassen. Ich dachte, die heutige Gelegenheit sei der richtige Anlass dafür, das einmal ausdrücklich zu sagen, und es sei bei diesem besonderen Anlass auch einmal richtig, wenn ich das ausdrücklich, mit großer Dankbarkeit und mit einem von Freude erfüllten Blick auf vielfältige gute Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten sage.

Wir leben in einer Zeit des Wandels. Das gilt auch für die Aufgabe, die evangelische Stimme in Gesellschaft, Politik und Kirche vernehmbar zu machen und dem Christsein in seiner evangelischen Gestalt eine klare Kontur zu verleihen. Dafür steht der Name von Hermann Ehlers. Er steht stellvertretend für eine Generation, die diese Aufgabe aus den Erfahrungen des Kirchenkampfes heraus in markanter Form wahrgenommen hat. Heute benötigen uns die Bedingungen einer religiös plural gewordenen Gesellschaft, das auf neue Weise zu tun. Deshalb hat es für mich

persönlich auch ein großes Gewicht, dass dieser Tag die Verantwortung einschränkt, in die Fußstapfen zu treten, die eine bzw. zwei Generationen vor uns unter ganz anderen Bedingungen so geformt und geprägt worden sind.

Wir leben in einer Zeit des Wandels. Das zeigt sich nun nicht zuletzt darin, dass mir für diesen Festvortrag die Erwartung entgegengetreten ist, etwas zum Dialog der Religionen in der pluralen Gesellschaft zu sagen. Denken wir fünfzig Jahre zurück, so finden wir uns in eine Zeit versetzt, in der das Thema „Religion“ in evangelischen Kreisen verpönt war. Karl Barth – gewiss ein anderer Barth als Hans-Martin Barth, der Ihnen gestern einen neuen Zugang zu diesen Themen eröffnet hat – Karl Barth hatte mit seiner These, Religion sei Unglaube, einen Bannstrahl gegen die Verwendung dieses Wortes geschleudert; die Kenntnis anderer

Religionen galt weder im Kanon der allgemeinen Bildung noch im Studium der Theologie als erforderlich. Dietrich Bonhoeffer hat die moderne Entwick-

lung zur Mündigkeit des Menschen so gedeutet, dass dadurch die historische Funktion der Religion, nämlich das bisher Unerklärliche zu erklären und einen Rückzugsraum für die Innerlichkeit des Menschen zu schaffen, überholt wird. Das große Thema von Bonhoeffers Gefängnistheologie war deshalb die Frage nach einem religionslosen Christentum.

Denken wir nun einmal nicht fünfzig, sondern nur fünfundzwanzig Jahre zurück, so war das Thema der Religion aus einem anderen Grund aus dem Focus der Aufmerksamkeit heraus gerückt. Unsere Gesellschaft durchlief damals eine Phase rapider Traditionsabbrüche. Sie wurden durch die Vorstellung befördert, Säkularisierung sei ein unaufhaltsamer gesellschaftlicher Trend; Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung hätten sich jenseits einer überholten Abhängigkeit von der Welt des Religiösen oder von der Autorität der Kirchen zu vollziehen. So stark war dieser Sog, dass wir auch in der Kirche in Gefahr gerieten, der Behauptung einer unaufhaltsamen Säkularisierung der Gesellschaft durch Prozesse der Selbstsäkularisierung unseren Tribut zu zollen.

Weder das eine – die Entgegensetzung von Christentum und Religion – noch das andere – die Behauptung einer unaufhaltsamen Säkularisierung der Gesellschaft – trifft noch die heutige Lage. Religion ist öffentlich und persönlich wieder zum Thema geworden. Säkularität bleibt zwar ein wichtiges und unentbehrliches Kennzeichen unserer politischen Verfassung; aber sie ist keineswegs ein

durchgängiges Kennzeichen unserer Gesellschaft. Das unverwechselbar Christliche kann nicht mehr durch eine einfache Entgegensetzung zum Religiösen kenntlich gemacht werden. Dietrich Bonhoeffers Frage, „was das Christentum oder genauer: wer Jesus Christus für uns eigentlich ist“, muss nun im Horizont einer Wiederentdeckung der Religion erkennbar gemacht werden.

Die Entdeckung, dass Säkularisierung nicht einfach ein gesellschaftlicher Megatrend ist, verblüfft in unseren Breiten immer noch viele Menschen. Viele Meinungsführer, deren eigene Einstellung durch die Traditionsabbrüche der zurückliegenden Jahrzehnte geprägt worden ist, verblüfft das im besonderen Maß. Sie versuchen sich verblüffungsresistent zu verhalten und diese Veränderungen einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Im globalen Maßstab ist der

Befund der „Desäkularisierung“, wie Peter L. Berger das genannt hat, ganz unverkennbar. Christentum und Islam – beide – sind in unserer Welt besonders

schnell wachsende Religionen. In beiden Glaubensrichtungen wachsen dabei freilich insbesondere auch Gruppen stark an, die in einer religiös gemäßigten Zone wie Mitteleuropa – und dabei ganz besonders im Osten Deutschlands, einem Kernland nicht nur der Reformation, sondern auch der Toleranz, die bisweilen mit Gleichgültigkeit verwechselt wird, – eher Befremden auslösen.

Pfingstkirchen in Lateinamerika, unabhängige Kirchen in Afrika, evangelikale Strömungen in den oder Abspaltungen von den Kirchen der Reformation, neopentekostale Bewegungen im Katholizismus, neue nationale Identifikationen in der Orthodoxie – so befremdlich das alles ist, so unzweideutig gehört es zum Phänomen einer wachsenden Bedeutung der christlichen Kirchen hinzu.

Im Bereich des Islam haben wir seit der islamistischen Revolution des Ayatollah Khomeini eine weltweit veränderte Situation vor uns. Dass sie uns auf den Straßen Istanbuls, Kairo oder Berlins durch die wachsende Zahl von Kopftuchträgerinnen oder auch noch umfassender verhüllter Frauen besonders sinnfällig wird, erklärt, warum um dieses Kleidungsstück, das Kopftuch, ein Konflikt von hoher symbolischer Bedeutung entbrannt ist. Dass auf der anderen Seite aus dem begrüßenswerten Vorhaben, das muslimische Freitagsgebet aus den Hinterhofmoscheen herauszuholen und ihm einen angemessenen Ort im öffentlichen Raum zu geben, nun ein gesellschaftlicher Konflikt um die

Machtsymbolik von Moschee und Minarett und damit um den Charakter des Islam als Machtreligion geworden ist, zeigt: Wir befinden uns in einer außerordentlich spannenden, aber auch angespannten Situation des interreligiösen Dialogs.

Wer meint, er könne der interessierten Öffentlichkeit allein schon durch die Rede von den drei „abrahamitischen Religionen“ über diese spannende und angespannte Situation hinweghelfen, täuscht sich über die innere Dynamik der Lage.

**II.** Die Veränderung ist mit Händen zu greifen. Heute wird über Reisen von Papst Benedikt XVI. in aller Ausführlichkeit berichtet. Der Evangelische Kirchentag in Köln tritt neben den G8-Gipfel in Heiligendamm. Mit 1,1 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Vielzahl seiner Veranstaltungen hat dieser Kirchentag alle Erwartungen übertroffen. Die Kulturszene sorgt sich um die Qualität von Gottesdiensten – wann gab es so etwas schon einmal? –; die Feuilletons diskutieren Fragen der Liturgie. Das persönliche Verhältnis zum christlichen Glauben wird wieder zum Thema; dass Menschen zu seiner geistlichen Kraft verstärkt Zugang finden können, ist ein verbreiteter Wunsch. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Gottesfrage weicht klaren Aussagen, natürlich nicht nur im Ja, sondern auch im Nein. Die christlichen Wurzeln der westlichen politischen Kultur werden öffentlich thematisiert. Wie seinerzeit Bundestagspräsident Hermann Ehlers und sein Nachfolger Eugen Gerstenmaier bekennen sich heute der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin und viele andere Persönlichkeiten in politischer Verantwortung in erkennbarer Weise zu ihrem evangelischen Glauben.

Der Dialog der Religionen – besonders mit den muslimischen Verbänden – sorgt bundesweit für Schlagzeilen und für überfüllte Hallen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag. Die großen religiösen Feste sind medial ebenso präsent wie vermeintlich religiös motivierte Auseinandersetzungen. Ereignisse in einem Teil der Welt haben unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Teile; das gilt für die Folgen des 11. September 2001 genauso wie für die enorme Hilfs- und Trostbereitschaft nach der Tsunami-Katastrophe an der Wende zum Jahr 2005.

Religion vermittelt den Menschen Halt; sie bringt die Ehre Gottes ebenso zur Geltung wie die gleiche Würde jedes Menschen. Aber der Gottesname kann durch Religionen auch schmähsch missbraucht werden. Die globalisierte Welt zeigt beide Seiten der Religion; eben dies führt die Religionsgemeinschaften noch intensiver zueinander und in das

Gespräch miteinander. Es ist nämlich ihre gemeinsame Aufgabe, dort zu widersprechen, wo Religion zur Legitimierung von Gewalt missbraucht wird, und dort Antwort zu geben, wo nach der Bedeutung von Religion für das eigene Leben gefragt wird. Beides braucht den Dialog der Religionen.

**III.** Über diesen Dialog zu reden, bedeutet, an einen Autor zu erinnern, der früher und deutlicher als andere Leitlinien für diesen Dialog formuliert hat. 230 Jahre liegt das zurück; doch noch heute kommt man beim Nachdenken über den interreligiösen Dialog an Lessings Ringparabel nicht vorbei.

Dass dieser Dialog im Geist der Toleranz zu erfolgen habe, wurde von Lessing unvergesslich eingepägt. Doch welche Art von Toleranz beschreibt Lessing – und welche Art brauchen wir heute? Ist das Bild der drei Ringe, unter denen der wahre Ring sich nicht mehr finden lässt, wirklich ein zureichendes Modell von Toleranz? Die drei Söhne, die von ihrem Vater drei gleich aussehende Ringe erhalten, ziehen vor den Richter, um feststellen zu lassen, wer den echten Ring und mit ihm auch die Herrschaft erhalten hat. Da jedoch nach der Auffassung des Richters die Wahrheitsfrage nicht entschieden werden kann, macht er stattdessen die Frage zum Prüfstein, wer von den dreien der beliebteste sei, welchen also zwei der drei Brüder

besonders lieben. Dieser Test geht negativ aus, weil die erklärte Liebe zu einem Bruder das Eingeständnis impliziert hätte, dass er über den echten Ring verfügt. Das veranlasst den Richter zu der Einschätzung, dass es diesen gar nicht mehr gibt; er ging vielmehr, so vermutet er, verloren. An die drei Brüder appelliert er, trotzdem an die Echtheit ihres Rings zu glauben und dies durch ein Verhalten unter Beweis zu stellen, das durch vorurteilsfreie Liebe und Verträglichkeit geprägt ist.

Was passiert eigentlich mit diesem Ausgang der berühmten Ringparabel? Die Wahrheitsfrage tritt in den Hintergrund. Man traut sich ja in Potsdam kaum etwas Kritisches dazu zu sagen, aber es muss meiner Meinung nach einmal sein: Das von Lessing vorgeschlagene Konzept der Toleranz kann zu einer relativistischen Vorstellung von Toleranz verleiten, der alle Wahrheitsansprüche gleich gültig sind; der öffentliche Streit um die Wahrheit wird dann um des lieben Friedens willen ausgesetzt. Wer sich dem von Lessing vorgeschlagenen Konzept dagegen entzieht und die Frage nach der Wahrheit weiter stellt, wird sich unter Umständen dem Vorwurf ausgesetzt sehen, einem fundamentalistischen Verständnis religiöser Wahrheit zuzuneigen, welches dem anderen einen Zugang zur

*Es ist die gemeinsame Aufgabe der Religionsgemeinschaften, dort zu widersprechen, wo Religion zur Legitimierung von Gewalt missbraucht wird, und dort Antwort zu geben, wo nach der Bedeutung von Religion für das eigene Leben gefragt wird.*

Wahrheit des Glaubens gerade bestreitet. Dann haben wir also relativistische Toleranz auf der einen Seite und fundamentalistischen Absolutheitsanspruch auf der anderen Seite, ganz offenkundig zwei Konzepte, die beide gleichermaßen für einen Dialog der Religionen nicht taugen. Denn diesem ist mit Gleichgültigkeit so wenig geholfen wie mit Fundamentalismus. Er braucht vielmehr einen Grundansatz, den ich überzeugte Toleranz nenne. Toleranz ist also nicht mit einer Haltung gleichzusetzen, die alles für richtig hält und jedem Recht gibt. Wenn alles gleich gültig ist, wird alles gleichgültig. Es wird beliebig, es verliert an Bindungskraft und Überzeugung. Oder mit dem etwas schönen Satz ausgedrückt: Wer nach allen Seiten hin offen ist, ist nicht mehr ganz dicht.

Das aber widerspricht dem Wesen der Religion. Denn keine Religion kann ohne Konsequenzen für die Lebensführung wahrhaftig gelebt werden. Deshalb hat jede Religion es damit zu tun, dass ich von der erkannten und für mein Leben angeeigneten Wahrheit überzeugt bin und nicht sage: „Kann sein, kann auch nicht sein.“ Dies gilt sowohl für die persönliche wie für die öffentliche Dimension von Religion.

So verstandene Religion hat auch in der pluralen Gesellschaft westlicher Prägung ihren Ort. Man braucht nicht die Wahrheitsansprüche an der Garderobe der freiheitlichen Gesellschaft abzugeben, um als toleranzfähig zu gelten. Aber man muss die eigene Überzeugung verbinden mit dem Respekt vor den Überzeugungen anderer. Man muss eigenes Wahrheitsbewusstsein verbinden können mit einer Haltung wechselseitigen Respekts, die den Dialog einfordert und dem Streit um die Wahrheit nicht ausweicht. „Klarheit und gute Nachbarschaft“ – so haben wir in der Evangelischen Kirche in Deutschland das Verhältnis zwischen den Religionen deshalb beschrieben. Und wir treten über diese Grundhaltung gern ins Gespräch ein – ganz besonders auch mit Vertretern des Islam.

**IV.** Für den christlichen Glauben hat diese Haltung überzeugter Toleranz eine Glaubensbasis. Dieser Respekt vor den Anhängern eines anderen Glaubens gründet nämlich in der Gewissheit, dass jeder Mensch zum Bild Gottes erschaffen und von Gott – all seinen Verfehlungen und Irrtümern zum Trotz – geliebt ist. Wechselseitiger Respekt gründet dieser christlichen Betrachtungsweise zufolge nicht



in religiöser Indifferenz, sondern in der Gewissheit des Glaubens. Tolerant kann nur sein, wer in einer eigenen Glaubensgewissheit beheimatet ist. In einem guten Verständnis schließen sich deshalb Dialog und Mission nicht aus. Das meint freilich nicht, dass der Dialog der Religionen sich in einer Art von gegenseitigem Bekehrungswettstreit vollzieht. Zwang und Unterwerfung lassen sich weder mit einem Dialog der Religionen noch mit einem christlichen Verständnis von Mission vereinbaren. Es geht vielmehr um die gemeinsame Suche nach der Wahrheit.

Deshalb ist die Frage nach Frieden und Toleranz zwischen den Religionen auch noch nicht mit der Ausrufung eines „Projekts Weltethos“ beantwortet; die Antwort kündigt sich vielmehr erst dann an, wenn die Religionen ihre Differenzen im Glaubensverständnis in einer Weise austragen können, die den Frieden nicht gefährdet, sondern stärkt.

Ich erinnere mich gut daran, wie der jetzige italienische Ministerpräsident, Romano Prodi, als Präsident der Europäischen Kommission im Jahr 2004 in Brüssel auf den Besuch europäischer Kirchenführer reagierte. Während dieses Gesprächs sagte Präsident Prodi zu uns: Bis zu einem gewissen Grade nehmen Sie in den Kirchen die Zukunft Europas vorweg. Denn die entscheidende Aufgabe Europas ist es, der Pluralität eine Gestalt zu geben, die Einheit in Verschiedenheit zu leben. Und er fuhr fort: Die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen ist ein Modell für die Einheit in Verschiedenheit, die wir in Europa brauchen.

Die Aufgabe heißt allerdings, diese Perspektive zu erweitern: Die Weise, in welcher die Religionen ihr Verhältnis untereinander klären und wie sie ihren Dialog gestalten, ist von enormer Bedeutung für die Frage, ob unsere europäische Gesellschaft ihre Differenzen friedvoll klären kann oder nicht. Wir haben die Chance, den Dialog in Klarheit und im gemeinsamen Fragen nach der Wahrheit friedlich zu führen. Damit können wir ein Vorbild für das friedliche Miteinander verschiedener Überzeugungen abgeben, aber ob das gelingt, ist derzeit eine durchaus offene Frage.

**V** Theologische Klarheit und das Bemühen um gute Nachbarschaft vollziehen sich dabei auf gesellschaftlichen Voraussetzungen, die die europäische Entwicklung seit der Reformation bereitgestellt hat und die in unser Grundgesetz Eingang gefunden haben. Diese Überlieferung garantiert den Religionsgemeinschaften Religionsfreiheit. Sie bildet auch die entscheidende Voraussetzung für den Dialog zwischen den Religionen.



Die Religionsfreiheit gründet im Gewissen des Einzelnen. Sie darf ihm nicht geraubt werden. Deshalb wurde die Religionsfreiheit nach der Wiederentdeckung der Gewissensfreiheit in der Reformation zuerst von Minderheiten eingefordert und eingeklagt. Sie war zuallererst als Freiheit zur Religion gemeint. Aber sie schließt das Recht zur Freiheit von der Religion ein. Die Verhältnisse kehren sich jedoch um, wenn – in Berlin habe ich das gelegentlich schon beobachtet – der Freiheit von der Religion der Vorrang vor der Freiheit zur Religion zuerkannt wird. Einem solchen Ungleichgewicht treten Christen beherzt entgegen – und sei es sogar mit dem Mittel der Verfassungsbeschwerde.

*Tolerant kann nur sein, wer in einer eigenen Glaubensgewissheit beheimatet ist.*

Die Religionsfreiheit schließt das Recht zum Wechsel der Religion oder Weltanschauung ein. Das hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 in ihrem Artikel 18 genauso anerkannt wie die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950. Das klare Votum in der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1948 veranlasste damals Saudi-Arabien, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Zustimmung zu verweigern. Das ist aus einem besonderen Grund in Erinnerung zu rufen.

Als die Vereinten Nationen nämlich im Jahr 1966 die Menschenrechte in dem

Internationalen Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte mit rechtlicher Verbindlichkeit ausstatten wollten, war das Recht, die Religion zu wechseln, plötzlich verschwunden; die Rede war – auch in dem Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte ist das der Artikel 18 – die Rede war nur noch von dem Recht, „eine Religion oder Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen“. Dass das Recht, eine Religion „abzulegen“ oder zu „wechseln“, nicht mehr vorkam, war der Preis, der für die Zustimmung von islamisch geprägten Staaten gezahlt wurde. Dieser Preis war übrigens genauso hoch wie die Konzession, die gegenüber den USA und anderen Staaten dadurch geleistet wurde, dass in diesem Pakt von 1966 die Todesstrafe anerkannt und lediglich ihre Verhängung auf „schwerste Verbrechen“ beschränkt wurde, die zu dem Zeitpunkt, zu dem sie verübt wurden, bereits mit der Todesstrafe bedroht waren.

In beiden Fällen handelt es sich um verhängnisvolle Einschränkungen der Menschenrechte. Was die Religionsfreiheit betrifft, hat sich die Situation seitdem generell nicht verbessert. In islamischen Staaten gilt die Abwendung vom Islam als „Abfall“, der in einer Reihe von Ländern mit der Todesstrafe bedroht ist. Die Verkündigung anderer Glaubensweisen neben dem Islam wird



vielfach unterdrückt. So wird in der Türkei – immerhin ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union – der Ausdruck „Missionar“ nur in ablehnendem Sinn verwendet und nur auf Christen angewandt, die von ihrem Glauben auch in der türkischen Gesellschaft Zeugnis ablegen wollen. Wozu Menschen durch diese Betrachtungsweise verleitet werden, wurde im April durch den Mord an drei Mitarbeitern des Zirve-Verlags in der ostanatolischen Stadt Malatya deutlich, zu denen auch der aus Deutschland stammende evangelische Christ Tilman Geske gehörte. Nach wie vor verbindet sich für mich die Erschütterung über diesen Vorgang mit der Bewunderung für Susanne Geske, die sich dazu entschlossen hat, nach der Ermordung ihres Mannes mit ihren drei Kindern in Malatya zu bleiben. Aber zugleich wurde dieser Vorgang zu einem Symbol dafür, in wie starkem Maß die Religionsfreiheit insgesamt und die Religionsfreiheit von Christen im Besonderen – und noch konkreter gesprochen muss man sagen, die Religionsfreiheit in islamisch geprägten Ländern – in unserer Gegenwart bedroht ist, mehr als ein halbes Jahrhundert, nahezu 60 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dabei, davon bin ich fest überzeugt, kann es nicht bleiben, dazu können wir nicht schweigen.

Umso mehr Beachtung verdient die Tatsache, dass der Zentralrat der Muslime in Deutschland in seiner Islamischen

Charta von 2002 ausdrücklich feststellt: „Die im Zentralrat vertretenen Muslime akzeptieren das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben.“ Es ist zu wünschen und zu fördern, dass diese Auffassung sich möglichst weit ausbreitet und dass aus dem „Akzeptieren“ allmählich ein „Bejahen“ wird. Einstweilen gibt es auch in Deutschland ehemalige Muslime, die nicht wagen, ihren Übertritt zum christlichen Glauben öffentlich erkennbar zu machen, weil sie sich vor Repressalien fürchten; und ich glaube, wir sind uns einig darüber: Das muss sich ändern!

Wenn wir von der Religionsfreiheit sprechen, müssen wir deshalb heute mit neuem Nachdruck das individuelle Recht jedes einzelnen betonen, eine Religion zu haben oder auch keine, sie zu wechseln oder sich öffentlich zu seiner Überzeugung zu bekennen. Im Dialog der Religionen ist das offenkundig ein unbequemes Thema. Aber Appeasement an dieser Stelle wäre Verrat an der Religionsfreiheit selbst. Natürlich machen wir die Gewährleistung der Religionsfreiheit in Deutschland nicht rechtlich da-

von abhängig, ob und in welchem Umfang sie in anderen Ländern gewährt ist. Aber im Dialog der Religionen

müssen wir unzweideutig darauf bestehen, dass die Religionsfreiheit unteilbar ist. Sie gilt für Christen in der Türkei ebenso wie für Muslime in Deutschland. Beziehungsweise genauer: Dass sie für Christen in der Türkei nicht gilt und auch für Aleviten in der Türkei eingeschränkt ist – der Dialog zwischen den Vertretern der Muslime und einem Vertreter der Aleviten auf dem diesem Thema gewidmeten Podium beim Kirchentag in Köln war das eigentlich bewegende Ereignis dieses Vormittags – das kann uns nicht gleichgültig lassen. Und ebenso gilt: Die Diskussion über Moscheebauten

*Die Diskussion über Moscheebauten fiele in Deutschland leichter, wenn in Saudi-Arabien christliche Gottesdienste möglich wären.*

**VI.** Kein Zweifel: Zur Selbstgerechtigkeit in dieser Debatte gibt es keinen Anlass. Das abendländische Christentum hat in seiner Geschichte oftmals Andersdenkende ausgeschlossen, bekämpft und vertrieben. Als wir unlängst die Feierlichkeiten zur 850-jährigen Geschichte der Mark Brandenburg begingen, mussten wir auch daran denken, wie das mit dem Christentum hier in der Region begonnen hat. Erst mit der wechselseitigen Unabhängigkeit von Staat und Religion wurde es möglich, unterschiedlichen religiösen Überzeugungen innerhalb ein und derselben Rechtsordnung einen angemessenen

und gleichrangigen Ort zu gewährleisten. Diese historische Erfahrung spricht dafür, dass Religionsfreiheit als universales Menschenrecht nur verwirklicht und gesichert werden kann, wenn die staatliche Ordnung einen säkularen, demokratischen Charakter trägt und eine Pluralität von Meinungen und Gruppen zulässt. Der politische Durchsetzungsanspruch von Religionen muss so weit zurückgenommen werden, dass die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Religionen gewährleistet ist und den Religionsgemeinschaften die Freiheit in der Regelung ihrer Überzeugungen und Angelegenheiten zuerkannt wird.

Ein so gearteter säkularer und pluraler Verfassungsstaat muss darauf verzichten, sich selbst religiös zu begründen oder sich mit einer über dem Recht stehenden religiösen Legitimation zu versehen. Doch das schließt nicht aus, dass die staatliche Ordnung in einer Verantwortung „vor Gott und den Menschen“ begründet wird. Dass die Präambel des Grundgesetzes diesen Verantwortungshorizont ausdrücklich zur Sprache bringt, engt die Religionsfreiheit in keiner

Weise ein. Auch wenn eine europäische Verfassung sich ausdrücklich zur Verantwortung vor Gott und den

Menschen und zur Bedeutung der jüdisch-christlichen Tradition bekennen würde, wäre das keine Einschränkung der Religionsfreiheit. Es wäre der Hinweis darauf, warum die Würde des Menschen schlechterdings unantastbar ist. Ein solcher Hinweis tut jeder Verfassungsordnung gut.

Doch Religionsfreiheit ist nicht nur bequem. Sie fördert nicht nur den Frieden, sondern auch den Konflikt. Wir kennen die Rechtfertigung von Gewalt im Judentum, im Christentum und im Islam. Wir werden die unfriedlichen Folgen der Religion in allen drei Bereichen nur in dem Maß überwinden, in dem wir zu selbstkritischen Korrekturen bereit und im Stande sind. Dabei sollten die Religionen sich gegenseitig unterstützen. Ihre Dialoge sollten sie so führen, dass solche selbstkritischen Korrekturen möglich werden. Das aber kann nur gelingen, wenn die strittigen Themen angesprochen werden. Das Thema „Religion und Gewalt“ gehört dazu, wenn Religionen nicht unter einen Generalverdacht geraten sollen. Das aber ist genauso verkehrt, wie etwa der Versuchung nachzugeben, die Religionsfreiheit generell einzuschränken, weil es einen missbräuchlichen Gebrauch der Religionsfreiheit gibt. Das wäre nicht der richtige Weg, um die Friedensverantwortung der Religionen und die Friedensfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft zu sichern und zu stärken. Weil mir gerade vor dem

Hintergrund der Erfahrungen der letzten zwei Wochen so viel daran liegt, möchte ich noch einmal betonen: Sich vorzustellen, ein Dialog sei nur dann geführt worden, wenn man sich in allen Punkten einig ist, ist ein primitives Verständnis von Dialog. Die Behauptung, ein Dialog sei gescheitert, weil man sich sogar um die Wahrheit gestritten hat, ist eine Absage an jede demokratische Streitkultur, bei der sich mir die Haare sträuben. Ich habe deswegen manche Äußerungen der jüngsten Zeit zum Stand des christlich-muslimischen Gesprächs mit Unverständnis gehört.

Es muss doch auch klar sein, dass zum Dialog der Religionen die Einsicht gehört, dass mit der Religionsfreiheit nicht jede denkbare Äußerung sakrosankt ist. Gerade weil der Staat sich in seiner Religionsneutralität von der inhaltlichen Beurteilung religiöser Überzeugungen fern hält, muss die Debatte in den Religionsgemeinschaften und zwischen ihnen bis zu den inhaltlichen Fragen vordringen. Wer soll denn fragen, wie es mit der Stellung der Frau im Islam steht, wenn nicht die Religionsgemeinschaften diese Frage stellen? Ein fairer Streit um die Wahrheit und das Ringen um Wege des Friedens in die Zukunft gehören zu den substantiellen Gestalten der Religionsfreiheit selbst.

**VII.** Als vor einem halben Jahr die Handreichung der Evangelischen Kirche in Deutschland unter dem Titel „Klarheit und gute Nachbarschaft: Christen und Muslime in Deutschland“ erschien, kam es in muslimischen Verbänden zu Irritationen und Verärgerungen über diesen Text. Das wurde mitgeteilt, als diese Verbände kurzfristig eine Verabredung zu einem Spitzengespräch zwischen ihnen und der Evangelischen Kirche in Deutschland widerriefen und ihre Teilnahme an dem geplanten Termin absagten. Inzwischen hat die Evangelische Kirche in Deutschland eine Gegeneinladung des Koordinierungsrats der Muslime angenommen. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag war der Dialog von Christen und Muslimen ein beherrschendes Thema; und der Dialog war nicht frei von Spannungen.

Eine Dimension dieser Spannungen möchte ich hier ansprechen, nachdem der Vorsitzende des Koordinierungsrates der Muslime dies zum Thema seines Schlussvotums bei dem Dialog in Köln gemacht hat. Hans-Martin Barth hat davon auch in seiner eindrucksvollen Dogmatik, die zum ersten Mal die Positionen der verschiedenen Religionen in eine christliche Dogmatik integriert, unter den Bedingungen unserer Gegenwart gehandelt. Das Bekenntnis zu dem einen Gott, das Christen und Muslime verbindet,

– kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich mit ihm unterschiedliche Gottesvorstellungen verbinden. In einer theologisch wenig genauen Weise wird dieses Thema häufig in die Frage gefasst, ob Christen und Muslime an denselben Gott glauben. Die Frage klingt so, als könne man sie verneinen. Dabei würde man doch, wenn man sie verneinte, behaupten, dass es mehrere Götter gäbe – eine Antwort, die weder Muslime noch Christen ernsthaft geben können. Ihr Bekenntnis stimmt vielmehr darin überein, dass es nur

einen Gott gibt. In diesem Sinn bekennen sie sich, wenn sie sich überhaupt zu Gott bekennen – beinahe hätte ich gesagt: notgedrungen – zu demselben. Aber das schließt unterschiedliche Gottesvorstellungen nicht aus. Und das wird nun unmittelbar konkret mit Blick auf die Person des Jesus von Nazareth, zu dem Christen sich als dem Sohn Gottes bekennen, in dem Gott sich in seiner vergebenden Liebe und Barmherzigkeit offenbart. Der Islam dagegen sieht in Jesus von Nazareth einen Propheten, der in der inneren Logik des Islam dem Propheten Mohammed untergeordnet ist. Zur Aufrichtigkeit im Umgang miteinander gehört es, das festzustellen und von daher auch einzuräumen, dass auch im Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander das eigene Bekenntnis nicht verleugnet werden kann.

Die Klarheit, die in dieser wie in anderen Fragen vonnöten ist, schließt nach unserer Überzeugung gute Nachbarschaft nicht aus; vielmehr ist eine solche gute Nachbarschaft ohne solche Klarheit gar nicht zu haben; sie steht dann nämlich auf tönernen Füßen. Klarheit ohne gute Nachbarschaft wäre lieblose Schrofheit und würde Mauern errichten. Aber gute Nachbarschaft ohne Klarheit würde wichtigen Fragen ausweichen, Profile verwischen, Identitäten aufgeben. Ohne ihre Identität aber können Religionen so wenig existieren wie Individuen.

Deshalb halten wir bei besonderen Gelegenheiten, die das erforderlich machen, multireligiöse Feiern und Gebete für möglich, lehnen aber interreligiöse Feiern ab. Multireligiös heißt: Menschen unterschiedlicher Religionen beten nacheinander oder nebeneinander oder feiern nebeneinander Gottesdienste. Das kann einen guten Sinn haben, wenn es durch einen gegebenen Anlass, ein wichtiges Anliegen, eine gemeinsame Trauer über einen Unglücksfall, an dem Christen wie Muslime beteiligt waren, oder einen anderen Anlass für dieses Beten nacheinander oder nebeneinander einen einleuchtenden Grund gibt. Interreligiös würde

*Die Behauptung, ein Dialog sei gescheitert, weil man sich sogar um die Wahrheit gestritten hat, ist eine Absage an jede demokratische Streitkultur, bei der sich mir die Haare sträuben.*

demgegenüber bedeuten: Man betet in derselben Veranstaltung ein und dasselbe Gebet zu Gott. Das halten wir als evangelische Kirche nicht für möglich, weil das christliche Gebet explizit oder implizit immer ein Gebet im Namen Jesu ist. Es ist allerdings auch nicht nötig. Auch wenn wir jeweils in unseren oder aus unseren Traditionen beten, können wir miteinander

den Frieden halten und für den Frieden in Europa eintreten. Mir persönlich hat es jedenfalls nicht eingeleuchtet, ein gemeinsames Gebetbuch für Juden, Christen und Muslime auf die Weise zustande zu bringen, dass man nur solche christlichen Gebete auswählt, die sich allein an Gott den Vater, Gott den Schöpfer richten; und zu meinen, wenn man vom christlichen Gottesbekenntnis Jesus Christus und den Heiligen Geist subtrahiere, behalte man ein Gottesverständnis übrig, das für Juden, Christen und Muslime identisch sei. Das halte ich für eine theologische Kurzschlussbehandlung.

Aber auch wenn wir das ausdrücklich sagen, können wir natürlich Wichtiges gemeinsam tun und fragen, wo von den unterschiedlichen Gottesbildern und Perspektiven her dann doch Überschneidungsbereiche entstehen – auch angesichts konkreter Herausforderungen, die uns zum gemeinsamen Handeln befähigen. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass es gelungen ist nach einem Vorlauf, der in Moskau auf Einladung der russisch-orthodoxen Kirche im vergangenen Jahr im Vorfeld des G8-Gipfels in St. Petersburg stattgefunden hat, in Köln unmittelbar vor Beginn des Deutschen Evangelischen Kirchentages führende Repräsentanten der sechs Weltreligionen aus den G8-Staaten und aus Afrika zu einer Konferenz einzuladen, einer Konferenz, die eine gemeinsame Erklärung erarbeitet hat, den „Ruf aus Köln“, den wir den Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten nach Heiligendam zugestellt haben. Ohne die Unterschiede zwischen den Religionen zu nivellieren, haben wir uns in diesem Dokument gemeinsam zur Würde des Menschen und zur Gerechtigkeit als Gaben Gottes bekannt.

Dies ist in meinen Augen ein gelungenes Beispiel aktiver Toleranz, die voraussetzt, dass Menschen zu dem stehen, was ihnen wichtig ist, und deshalb achtungsvoll mit dem umgehen, was anderen wichtig ist. Religiöse Haltungen, in denen die Durchsetzung von Wahrheitsansprüchen mit Gewalt für möglich gehalten wird, sind zur Toleranz nicht im Stande und verdienen auch ihrerseits keine Toleranz.



Insofern sind die Tendenzen zu fundamentalistischen Gestalten von Religion, die wir gegenwärtig beobachten, in hohem Maß beunruhigend. Sie gefährden den Friedensbeitrag der Religionen; sie erschweren zugleich für viele Zeitgenossen den Zugang zur Wahrheit der Religion. Solche fundamentalistischen Religionsformen begegnen uns heute innerhalb des Islam. Der Ausschließlichkeitsanspruch des Islam wird in ihnen mit der Forderung nach unmittelbarer politischer Verwirklichung der Scharia und gegebenenfalls der gewaltsamen Durchsetzung in einem Dschihad verbunden. Fundamentalistische Religionsformen begegnen aber auch innerhalb des Christentums; sie folgen häufig dem Muster „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“; das Bekenntnis zu Jesus als dem Herrn verbindet sich mit der Vorstellung von Reichen des Bösen, Achsen des Bösen oder vom Teufel besessenen Zonen, die durch Gebet von dieser Besessenheit befreit werden müssen. So deutlich man solchem Fundamentalismus entgegentreten muss, so klar muss man aber auch erkennen, dass religiöser Alphabetismus keine zureichende Antwort auf Fundamentalismus ist. Zureichend ist vielmehr allein eine Antwort, die eine geklärte religiöse Identität mit der Bereitschaft zu Frieden und Toleranz im Verhältnis der Religionen zueinander verbindet.

Religionen, die einen solchen Zugang zu ihrer Friedensverantwortung entwickeln, können der Vergeltung widerstehen, die Versöhnungsbereitschaft fördern und die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen, verbessern und stärken. An dieser Stelle zeigt sich ein höchst praktischer Sinn dieses Dialogs, und es zeigt sich zugleich, wie relevant die Frage nach dem Ausgang dieses Dialogs für die generelle Frage nach der Friedensfähigkeit der Religionen ist.

Der „Dialog der Religionen“ ist die wichtigste Alternative zum „Kampf der Kulturen“. Er muss gefördert, verstärkt und nach Kräften gepflegt werden. Und jedes einzelne Beispiel dafür hat deshalb hohe Bedeutung: Ich denke beispielsweise an die „Kölner Friedensverpflichtung“ vom 29. Oktober 2006, deren Bewährungsprobe nach meinem Verständnis darin besteht, dass auch kritische Fragen zur Ehrenfelder Moschee ihren Ort haben können, ohne dass man sich sofort wechselseitig mit Gewaltdrohungen überzieht; und die gibt es unseligerweise gegenwärtig in Köln in beiden Richtungen hin. Und ich sage auch ausdrücklich: So unsäglich man den „Pinguin-Ausdruck“ von Ralph Giordano finden mag, zu einer

Morddrohung gibt seine Kritik am Moscheebau wahrlich keinen Anlass, das muss man in einer solchen Debatte ausdrücklich sagen.

An solchen Beispielen wird es also konkret, was es bedeutet, wenn in der „Kölner Friedensverpflichtung“ steht, „dass Hass und Gewalt überwunden werden und Menschen in unserer Stadt Köln und überall auf der Welt in Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit leben können.“

Mir ist an diesem Dialog der Religionen und seiner möglichen Friedensbedeutung schon seit vielen Jahrzehnten besonders wichtig, dass ich immer wieder herausfinden will, wo eigentlich Religionen Alternativen zum bewaffneten Konflikt gefördert haben. Gibt es eine Chance für sie, etwas zur zivilen Konfliktbearbeitung beizutragen? Das wird immer wieder untersucht, und im wachsenden Maß gibt es dafür positive Beispiele: die Beendigung des Bürgerkriegs in Mosambik durch die katholische Gemeinschaft San Egidio im Jahr 1992, der kollektive Wider-

*Klarheit ohne gute Nachbarschaft wäre lieblose Schroffheit und würde Mauern errichten. Aber gute Nachbarschaft ohne Klarheit würde wichtigen Fragen ausweichen, Profile verwischen, Identitäten aufgeben.*

stand der ruandischen Muslime gegen den Völkermord von Hutus und Tutsis 1994, aber natürlich vor allem die Bedeutung der Kirchen, insbesondere auch der evangelischen Kirche für die „friedliche Revolution“ in der ehemaligen DDR. Eine neue Untersuchung zählt vierzig solcher Beispiele auf, unter denen natürlich für uns alle das Letzte das aller wichtigste ist. Es vollzog sich im eigenen Land mit einer Bedeutung für ganz Europa. Dieses größte Wunder in unserer Geschichte während der letzten sechzig Jahre hat sich vor unseren Augen abgespielt, jeder kann es bezeugen, man kann die Wahrheit mit Händen greifen. Und so sollte es auch nicht schwer fallen, der Schlussfolgerung zuzustimmen, dass den Religionen in politischen Konflikten ein bemerkenswertes Friedenspotenzial eignet.

Und ich habe keinen Wunsch in diesem Zusammenhang dringlicher als den, dass auch bei nichtchristlichen Religionen das für uns in Europa selber deutlicher erfahrbar wird. Das Projekt des Jüdischen Wohlfahrtswerks innerhalb des Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) ist zu erwähnen. Im Augenblick versuchen wir gerade, auch muslimische Verbände dafür zu gewinnen, sich am Freiwilligen Sozialen Jahr zu beteiligen. Und es wäre eine wunderbare praktische Erfahrung von Friedenkooperation, wenn junge Christen und junge Muslime an einem solchen Ort zusammenwirken würden. Jüdische oder muslimische, hinduistische oder buddhistische Friedensgruppen und -initiativen, vielleicht sogar

zivile Friedensdienste dieser Religionen, das wäre doch eine hoffnungsvoll stimmende Vision. Es wäre nicht nur aus der Sicht der christlichen Kirchen wünschenswert, um die gemeinsame Sorge um den Frieden in der Welt sozusagen interreligiös zu verankern; es wäre zugleich ein effektiver Beitrag zur Stärkung ziviler Ressourcen in der europäischen Gesamtgesellschaft.

Der Historiker Michael Borgolte konstatierte kürzlich in einem Beitrag zur Geschichte der kulturellen Werte Europas, seines Erachtens „... führten religiöse Gegensätze keineswegs unweigerlich zu Auseinandersetzungen, ja mörderischen Vernichtungskämpfen. Auf der ertragenen Differenz mit den anderen hat Europas Überleben, vor allem aber seine Kultur, bis heute beruht.“ Die Achtung von Differenzen, von der Borgolte spricht, darüber hinaus die Toleranz als das Ertragen des Anderen in seiner ganzen uns ebenso bereichernden wie befremdenden Andersartigkeit heißt auch: Klarheit bei gleichzeitiger guter Nachbarschaft.

In einer Rede im Jahr 1954 hat Hermann Ehlers dies für den politischen Bereich mit Blick auf den beginnenden Prozess eines zusammenwachsenden Europas in der ihm eigenen, klaren und tiefgründigen Weise so gesagt: Die Verantwortung einer jeden Nation in Europa bedeute nicht deren Auflösung und „Vermischung“; sondern sie führt zum „Abbau der Lattenhäge [Lattenzäune, W.H.] , die bisher Volk von Volk geistig und politisch geschieden haben, und der Erkenntnis, dass letztlich jedes Volk auch für seinen eigenen Bereich durch das Miteinander mehr gewinnt als durch das Nebeneinander, geschweige denn das Gegeneinander.“ Wie Recht er damit hatte, erkennen wir heute mit Blick auf die erwachsen gewordene Europäische Union klar und deutlich. Und wir halten es auch für den Dialog der Religionen fest; er muss stets beides einschließen: Klarheit in der Sache, also auch das Eingeständnis bleibender Differenzen, und zugleich die Bereitschaft zu guter Nachbarschaft. Diese Doppelstruktur ist eine entscheidende Bedingung für künftigen Frieden. Und gute Nachbarschaft sollte niemand gering schätzen. Denn, wie es im Buch der Sprüche heißt: „Ein Nachbar in der Nähe ist besser als ein Bruder in der Ferne.“ Vielen herzlichen Dank.



*Bischof Dr. Wolfgang Huber*  
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)

# In evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen

| Thomas Rachel MdB

**Der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel ehrt Bischof Dr. Wolfgang Huber in seiner Laudatio vom 16. Juni 2007 in Potsdam für seine herausragenden Verdienste um den deutschen Protestantismus. Bischof Dr. Huber ist der zweite Würdenträger, dem die Ehrung mit der Hermann-Ehlers-Medaille des EAK zuteil wird.**

**S**ehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, lieber Bischof Dr. Wolfgang Huber,

## I.

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Rede und Ihre wie immer äußerst weiterführenden gedanklichen Impulse. Sie sind uns, lieber Bischof Huber, – wie Sie ja längst wissen – immer wieder ein gern gesehener Gast beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Es gibt bewegte Tage wie diese, kurz nach dem großen Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln, wo wir sogar in den Genuss kommen und die Ehre haben, Sie fast wöchentlich bei uns begrüßen zu dürfen.

Für diese Bereitschaft, aber auch für Ihre jahrelange Treue und Verbundenheit mit dem EAK möchte ich Ihnen zunächst einmal ganz ausdrücklich und von ganzem Herzen danken.

## II.

„Meine Hoffnung ist größer als meine Angst“ – diesen Satz haben Sie einmal als eine elementare Beschreibung dessen bezeichnet, was für Sie persönlich der christliche Glaube bedeutet.

Sie haben auch einmal gesagt: „Deshalb kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, wie ich mit der politischen Situation ohne Glauben klarkommen könnte.“ (Meine Hoffnung ist größer als meine Angst, Berlin 1996, S. 81).

Ich darf Ihnen zunächst einmal ganz persönlich bekennen, dass ich mich in diesem Satz von Ihnen auch wiedererkenne. Zwar nicht von kirchlicher Seite aus, dafür aber von politischer Seite aus, unterschreibe ich diesen wichtigen Satz mit vollem Herzen.

Ich möchte stellvertretend für den gesamten Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Ihnen und uns einen Satz von Hermann Ehlers in Erinnerung rufen, der etwas von der gemeinsamen Wahrheit ausdrückt, der wir uns als Christinnen und Christen in Kirche, Gesellschaft und Politik gemeinsam verpflichtet fühlen.

Ehlers formulierte einmal sehr schön: „Die Verantwortung, die die Menschen für sich, für Ihre Bürger, für die Gemeinschaft des Volkes tragen, muss eine andere sein, wenn sie nicht meinen, dass mit dem

Tode alles aus ist, sondern dass ein letztes Gericht und eine letzte Gnade auf sie wartet. Wo es keine große Hoffnung gibt, gibt es auch keine vernünftige Politik.“

## III.

Für Hermann Ehlers bedeutete „evangelische Verantwortung“ kein hohles Bekenntnispathos: Die gesinnungsethische Rede von sogenannter „christlicher Politik“ oder von instrumentalisierten frommen Parolen und Floskeln von einem „christlichen Abendland“ waren ihm regelrecht zuwider.

Ehlers forderte vielmehr die konkret ausgeübte Verantwortung immer wieder ein. Ehlers wollte – und wir als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU stehen genau dafür – die Protestanten aus ihrer politischen Abstinenz heraus zur aktiven und realitätsbewußten Verantwortungsübernahme motivieren und auffordern.

Und hier ist jedes Wort wichtig: aktiv – realitätsbewusst und verantwortlich. Politische Verantwortung – nach Ehlers – darf sich nicht mit irgendwelchen Lippenbekenntnissen begnügen und kann für uns evangelische Christen in der Politik nur dann glaubwürdig sein, wenn sie sowohl aufgrund des eigenen Gewissens und der eigenen Überzeugung als auch im permanenten Wagnis und im Bewusstsein

der eigenen Fehlbarkeit und Irrtumsfähigkeit getätigt wird.

Dass das politische Mandat des gläubigen Christen immer nur vorläufigen und kompromisshaften Charakter trägt, gehört eben zur Bürde dieses Auftrages mit hinzu, nimmt ihm aber nichts von seiner eigenständigen Bedeutung und Würde. Zu diesem Auftrag gehört eben auch – und das ist das Kennzeichen unseres protestantischen Weges –, dass wir eben auch in der durch die Freiheit des Christenmenschen gekennzeichneten Pluralität der verschiedenen ethischen wie politischen Lösungskonzepte, an denen wir Protestanten oft zu verzweifeln drohen, durchaus auch eine demokratische Tugend erkennen sollten.

Ehlers sagte diesbezüglich einmal: „Wenn wir im evangelischen Bereich nicht mehr die Freiheit haben, zu tragen, dass wir in der Bindung des Glaubens zu verschiedenen politischen Einsichten kommen, ohne daran unsere Bruderschaft zerbrechen zu lassen, sollten wir nicht von öffentlicher Verantwortung der Christen reden.“

Aus diesem Satz spricht übrigens eine sowohl geistliche wie politische Klugheit. Eine Klugheit, die zu meinem großen Bedauern weder in unserer Kirche noch in der Politik, weder in der jüngsten Vergangenheit noch der Gegenwart immer voll und ganz im Bewusstsein stand oder steht.

Gerade als evangelische Christen wissen wir überdies von der Rechtfertigungsbotschaft her, dass wir, wiewohl zur Tat gerufen, uns selbst und den uns Anvertrauten nicht der Ideologie der letzten Machbarkeit preisgeben dürfen. So klar und deutlich, wie wir politisches und

geistliches Mandat, d.h. politischen und kirchlichen Auftrag, nicht vermengen dürfen, so stehen wir zweifelsohne doch auch immer in diesen beiden Berufen – wie Luther sagt – in der einen unteilbaren Verantwortung, – und zwar zum einen unseren Nächsten, zum anderen Gott gegenüber.

Verantwortung für die Menschen im Vollsinn des Wortes kann gerade nur unter Beachtung der Verantwortung vor Gott geschehen!

Dies gilt bei allen entscheidenden ethischen Fragen in Politik und Gesellschaft gleichermaßen.

Das war das Bewusstsein der Gründungsmütter und -väter unseres Grundgesetzes nach der Barbarei der Nazi-Herrschaft. Das war auch das Bewusstsein der Gründungsmütter und -väter der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands nach 1945.

#### IV.

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, lieber Bischof Dr. Huber, wir möchten Sie heute ehren.

Genauso wie Sie uns beim EAK in den letzten Jahren immer wieder durch Ihre Anwesenheit geehrt und durch Ihre weiterführenden theologischen Impulse sowie Ihre konstruktive Kritik begleitet haben.

Wir möchten Sie ehren im Namen und im Geiste dessen, den wir nun schon mehrfach zitiert haben und der vor nunmehr 55. Jahren den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gegründet hat, im Namen von Hermann Ehlers.

Wir möchten Sie ehren für Ihre Verdienste in evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Es sind vor allem drei Aspekte, die ich besonders hervorheben und würdigen möchte:

1.) Durch Sie hat der deutsche Protestantismus in unserem Land wieder neue Kontur, neues Profil und neue Tiefenschärfe bekommen. Ihre beeindruckende öffentliche und mediale Präsenz sowie Ihre theologisch profunden Beiträge zu den unterschiedlichsten uns heute bedrängenden gesellschaftspolitischen Themenbereichen sind zu einer entscheidenden Stimme und unverzichtbaren Quelle der Orientierung für viele Menschen in unserem Lande geworden. Quelle und Inspiration zur Orientierung nicht nur für die Christen im engeren Sinne, sondern für eine ganz breite gesellschaftspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Sie sind – zweifelsohne nicht erst seit Ihrem Vorsitzendenamt im Rat der EKD – eine wache, kritische und kompetente Stimme von klarem evangelischen Format.

Mit Ihnen an der Spitze hat die Evangelische Kirche in den letzten Jahren – insbesondere im Hinblick auf die öffentliche Präsenz des Protestantismus im gesamtgesellschaftlichen Diskurs – geradezu einen kirchenpolitischen Quantensprung vollzogen.

Als Ratsvorsitzender der EKD – das wissen wir – pflegen Sie ein Amt ohne allzu große Themendiat. Und es ist in meinen Augen sehr bemerkenswert, in welcher vielfältiger Weise Sie sich kundig und profund immer wieder zu Worte melden. Bei vielen gesellschaftspolitischen und ethischen Themen der jüngsten Vergangenheit haben Sie uns als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU oft geradezu aus dem Herzen gesprochen.

Ich nenne hier nur: Ihren unermüdelichen Einsatz für den Religionsunterricht als ordentliches Lernfach in Berlin und Brandenburg. Ihr klares Votum für den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung und Ihre kritischen Worte gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei. Ihre weiterführenden Beiträge zur Gerechtigkeits- und Reformfrage in unserem Land und zur familienpolitischen Diskussion. Und nicht zuletzt Ihr Eintreten für den Sonn- und Feiertagsschutz und Ihre Beiträge zur Bioethik und zum Schutz des menschlichen Lebens am Anfang und am Ende.

Protestantisch profilierte Positionen sind wieder gefragt in unserer Gesellschaft. Man hört wieder genau hin, wenn sich die Evangelische Kirche zu wichtigen uns alle betreffenden Themen und Fragestellungen äußert. Man hört wieder hin, weil es hier – nicht zuletzt durch Sie selbst – etwas Interessantes und Wichtiges zu hören gibt. Also mal ganz ehrlich – meine katholischen Kollegen mögen jetzt mal weghören: So wie Sie den deutschen



v. Links: Bischof Dr. Wolfgang Huber, Thomas Rachel und EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner



Protestantismus in der öffentlichen Wahrnehmung der letzten Jahre wieder profiliert ins Gespräch gebracht haben, war der Vatikan nach dem Tode Johannes Paul II. ja schon wirklich im akuten Zugzwang, einen Ihnen theologisch ebenbürtigen katholischen Nachfolger ins Feld zu schicken.

2.) Damit habe ich mir selbst gerade das zweite wichtige Stichwort gegeben, das für Sie und Ihr Amtsverständnis kennzeichnend ist: die ökumenische und globale Verantwortungsansicht. Und hier gilt es sogleich zu ergänzen: Neben der Ökumene auch der interreligiöse Dialog und die mutige und beherzte Weltverantwortung aus dem Glauben heraus. Sie haben die weltweite Kirche in diesem Zusammenhang einmal sehr schön als „global player“ und als „global prayer“ bezeichnet und in differenzierter Weise darauf hingewiesen, dass wir vom christlichen Grundverständnis

aus eine „Globalisierung der Solidarität“ benötigen. Sie haben neben den Risiken und Gefährdungen durch die Globalisierungsprozesse aber auch die Chancen „für ein neues Weltverständnis und ein globales Verantwortungsbewusstsein“ betont und eingefordert.

Der christliche Auftrag für eine engagierte Friedensethik und Friedensarbeit und der unaufhörliche Einsatz für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte waren Ihnen immer wichtig und zentral.

Sie schreiben: „Miteinander müssen wir eintreten für die segensreiche Rolle von Religion; um ihretwillen müssen wir aber auch dem Missbrauch von Religion entgegentreten.“

Sie scheuen weder in ökumenischen Gesprächen noch im interreligiösen

Dialog klare und deutliche Worte. Das haben wir in Ihrem Festvortrag eben ja auch wieder neu erfahren dürfen.

Und: Mit der äußerst gelungenen Handreichung des Rates der EKD „Klarheit und gute Nachbarschaft – Christen und Muslime in Deutschland“ vom November 2006 ist unter Ihrer Ratspräsidentschaft – wie ich finde – zum ersten Mal eine wirklich theologische Ernsthaftigkeit in den Dialog zwischen evangelischer Kirche und dem Islam in Deutschland hineingekommen. Die verschiedenen, zum Teil empfindlichen Reaktionen auf die Wahrheiten, Grenzziehungen und Klarstellungen, die in diesem Text angesprochen werden und die schon lange überfällig waren,

*Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, lieber Bischof Huber, im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU danke ich Ihnen für Ihre für den Protestantismus in Deutschland segensreiche theologische und bischöfliche Tätigkeit.*

belegen, wie wichtig es ist, auch im interreligiösen Dialog selbstbewusst, wahrhaftig und profiliert als evangelische Kirche zu agieren.

Als Vorsitzender des Rates der EKD sind Sie uns zu einem ver-

lässlichen und wahrhaftigen Gesprächspartner geworden.

Ich bin dankbar für diese Entwicklung, dankbar für eine neue Kultur des Miteinanders, aber auch eine neue konstruktive Streitkultur zwischen Kirche und Politik.

Eine neue unideologische Kultur des Miteinanders hat sich in den letzten Jahren auch zwischen evangelischer Kirche und Christlich-Demokratischer Union entwickelt, die eben nicht bei Unterschieden und Differenzen bei der Beurteilung des politischen Weges, sogleich die – frei nach Ehlers – „gemeinsame Geschwisterschaft im Glauben“ in Frage stellt oder gar aufkündigt.

Auch hieran haben Sie, lieber Bischof Huber, in den letzten Jahren sehr großen Anteil gehabt und dafür danken wir Ihnen.

Sie haben aber – und das darf heute hier auch nicht unerwähnt bleiben – auch in der eigenen Evangelischen Kirche selbst, längst notwendige binnenkirchliche Strukturreformprozesse und einen neuen Gesinnungswandel eingeleitet. Mit dem Projekt „Kirche der Zukunft“ haben Sie in unserer Kirche ein neues Nachdenken über ihren Auftrag und Ihre Strukturen im 21. Jahrhundert auf den Weg gebracht. Dass auch Kirche selbst sich – gut reformatorisch – immer verändern muss, haben Sie immer vertreten.

Ich darf von politischer Seite nur anmerken, dass wir diesen kirchlichen Reformprozess mit wachem Interesse begleiten werden. Vielleicht können wir uns ja davon künftig auch vieles selbst zum Vorbild nehmen, etwa für notwendige Veränderungen auch im parteipolitischen Bereich.

3.) Sie haben einmal gesagt:

„Für mich ist der Glaube keine Vertröstung auf eine andere Wirklichkeit, deretwegen man nun diese konkrete Wirklichkeit nicht mehr so ernst nehmen müsste. Für mich erwächst aus dem Glauben die Kraft, dieser Wirklichkeit standzuhalten.“

Von der überwindenden und verwandelnden Kraft des Glaubens hat auch ein Theologe mit seinem gesamten Lebenszeugnis zu verkündigen gewusst, dem Sie sich, lieber Bischof Huber, in ganz besonderer Weise verbunden fühlen, nämlich Dietrich Bonhoeffer.

Bonhoeffer selbst schrieb in der Situation äußerster politischer Bedrängnis und in einer Zeit scheinbar völligen Ausgeliefertseins an dunkle und menschenverachtende Kräfte von den guten Mächten, die uns letztlich von Gott her umgeben:

„Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist bei uns am Abend und am Morgen und ganz gewiss an jedem neuen Tag.“ (EG 65,7)

Wer einen solchen Glauben hat, bei dem ist die Hoffnung tatsächlich größer als die Angst. Wer so glaubt und bekennt, dessen Verantwortung für sich und für die Nächsten sieht in der Tat anders aus.

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, lieber Bischof Dr. Huber, im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU danke ich Ihnen für Ihre für den Protestantismus in Deutschland segensreiche theologische und bischöfliche Tätigkeit und habe nun die Ehre Ihnen die Hermann-Ehlers-Medaille des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU für Ihre vielfältigen Verdienste in evangelischer Verantwortung vor Gott und den Menschen zu überreichen.

Nochmals vielen Dank und Gottes Segen!

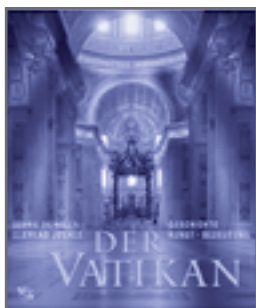


Joseph Ratzinger/Benedikt XVI:  
**Jesus von Nazareth, Erster Teil –  
Von der Taufe im Jordan bis zur Verklärung.**  
Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 2007  
ISBN 978-3-451-29861-5  
448 Seiten, 24 EUR

Als Ausdruck „persönlichen Suchens“ und nicht als lehramtlichen Akt will Benedikt XVI./Joseph Ratzinger sein Buch „Jesus von Nazareth“ verstanden wissen. Und als eben einen solchen Versuch bzw. als spirituelle Frucht eines gelehrten und tief frommen, lebenslangen Nachdenkens über die Person des Heilands sollte man dieses Werk auch würdigen. Benedikt XVI. schreibt kein „Leben Jesu“ und keinen historisch-kritischen Kommentar zu den Evangelien, sondern will – unter Beachtung aber auch in Erkenntnis der Grenzen der historischen Methode – aus den Zeugnissen des Neuen Testaments das „Größere“, das hier „im Menschenwort“ aufklingt, in gesamtbiblischer Glaubensperspektive und im Spiegel der kirchlichen Überlieferung zum Vorschein bringen.

Der hier dargebotene „wirkliche“ Jesus bewegt sich natürlich pünktlich genau auf der dogmengeschichtlichen Linie römisch-katholischen Traditionsverständnisses und so manche liturgischen und sakramentalen Bezüge wirken zum Teil etwas überstrapaziert. „Die“ Kirche, von der hier gesprochen wird, erscheint zwangsläufig immer in universalistischem Singular. So manches im Neuen Testament auf vielfältige Weise Deut- bzw. Auslegbare bzw. womöglich auch Widerständige gegenüber der späteren traditio catholica wird demzufolge schlichtweg unterschlagen. Dennoch hat der Papst ein ausgesprochen anregendes, in Teilen regelrecht meditatives und aus dem Geiste eines tiefen Christusglaubens heraus geschriebenes Werk vorgelegt, eine persönliche „Evangelienharmonie“, die viel theologischen Charme besitzt.

*Empfehlung* ★★★★★



Georg Denzler/Clemens Jöckle:  
**Der Vatikan –  
Geschichte, Kunst, Bedeutung**  
I.P. Verlagsgesellschaft Germering und  
WBG Darmstadt 2007  
ISBN 978-3-89678-573-2  
192 Seiten, 29,90 EUR

Reich bebildeter Band, der in gelungener Weise die Geschichte des Vatikans und des Papsttums bis zur unmittelbaren Gegenwart beleuchtet. Die zweite Hälfte des Buches widmet sich den kunstgeschichtlichen Schwerpunkten.

*Empfehlung* ★★★★★



Hansjürgen Verweyen:  
**Joseph Ratzinger – Benedikt XVI.  
Die Entwicklung seines Denkens**  
WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft)  
Darmstadt 2007  
ISBN 978-3-89678-587-9  
174 Seiten, 19,90 EUR

Es handelt sich hier um eine vorzügliche Darstellung des theologischen Denkweges Joseph Ratzingers/Benedikt XVI., die einen Bogen von den „Lehr- und Wanderjahren (von Traunstein bis Regensburg)“ bis nach Rom spannt. Der frühere Lehrstuhlinhaber für Fundamentaltheologie in Freiburg i. Br. spart seinem ehemaligen Lehrer gegenüber – trotz aller bleibenden Verbundenheit – nicht an Kritik. Wissenschaftliche Ernsthaftigkeit und akademische Redlichkeit sind herausragende Kennzeichen dieser subtilen und differenzierten katholisch-theologischen Würdigung. Sehr lesenswert.

*Empfehlung* ★★★★★



Martin Lohmann:  
**Maximum –  
Wie der Papst Deutschland verändert**  
Gütersloher Verlagshaus 2007  
ISBN 978-3-579-06452-9  
192 Seiten, 14,95 EUR

Der katholische Journalist Martin Lohmann verkündet das „Maximum“, die sog. „Benedettinische Wende“. Im Pontifikat Benedikts XVI. erblickt er ein neues versöhntes Miteinander von „Glaube und Vernunft“, von „Wahrheit und Klarheit“ und von „Gutem“, „Edlem“ und „Schönem“ in klarer Abgrenzung zu Relativismus und Fundamentalismus. Man wünscht dem Autor – bei aller Begeisterung – ein etwas tieferes Verständnis für die christliche Wahrheit außerhalb der Grenzen der eigenen Konfession und insgesamt eine etwas weniger triumphalistische Sicht der Dinge. Auf S. 89f. wird lediglich die problematische Einschätzung Benedikt XVI. gegenüber der Reformation aus der Regensburger Vorlesung referiert. Die positive Würdigung Ratzingers/Benedikts XVI. im „Ökumenekapitel“ ab S. 129 überzeugt den evangelischen Leser ebenfalls nicht wirklich, da ihm die Teilhabe am vollgültigen „Kirche“-Sein ja schon per definitionem abgesprochen wird (vgl. S. 138ff.). Aber – das muss man dem Autor zugute halten – das Buch will aufrütteln und „provizieren“ und das tut es. Mit viel Verständnis für das Große und Bemerkenswerte der gegenwärtigen Gestalt des Papsttums sowie durch die Herstellung (meistenteils) kluger gesellschaftspolitischer Bezüge (die Ohrfeigen für die CDU, etwa auf Seite 107f. und auf S. 115ff., gehören indes nicht dazu!), empfindet man beim Lesen durchaus viel Spaß, Anregung und Kurzweil. Und schließlich findet der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sogar auch eine kurze Erwähnung (s. S. 126).

*Empfehlung* ★★★★★

# „Integration verbessern“

Resolution des EAK-Bundesvorstandes der CDU/CSU zur 44. Bundestagung „Integration – Herausforderung und Chancen für Deutschland“: Für eine gute Nachbarschaft zwischen christlichen und muslimischen Menschen in Deutschland

Die theologische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Islam und den bei uns lebenden Muslimen ist eine besonders entscheidende Bewährungsprobe für das Gelingen von Integration. Voraussetzungen jedes Dialogs sind Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Dies zu verschweigen oder zu relativieren, würde auch einen interreligiösen Dialog von vornherein unwahrscheinlich machen und in eine falsche Richtung lenken. Deshalb müssen die Probleme klar und deutlich angesprochen werden und im Geiste einer konstruktiven, selbstkritischen und offenen Dialoghaltung vorangebracht werden kann.

Der EAK der CDU/CSU würde es zusammen mit den großen Kirchen Deutschland begrüßen, wenn insbesondere die bei uns lebenden Moslems eine Organisationsfähigkeit auf der Basis einer hinreichend akzeptierten Repräsentanz erreichen würden, die ein fruchtbares Zusammenwirken im institutionell-religiösen Rahmen ermöglicht. Ein mögliches Ziel dieser Kooperation wäre beispielsweise die Etablierung eines ordentlichen islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen und eine wissenschaftlich fundierte und die Bedingungen und Voraussetzungen der Moderne adäquat reflektierende islamische Theologie an staatlichen Universitäten. Erfolgreiche Integration ist die Grundlage für eine friedliche, freiheitliche und menschenwürdige Gesellschaft der Zukunft. Der EAK der CDU/CSU lädt alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte dazu ein, gemeinsam an der Realisierung dieses wichtigen Zieles mitzuwirken.

## Integration als umfassende gesellschaftliche und politische Teilhabe

Integration als gesellschaftspolitische Aufgabe bedeutet die fortdauernde Bemühung um gerechte Teilhabe in rechtsstaatlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Eine der entscheidenden politischen Herausforderungen unserer Gegenwart besteht in der Verwirklichung des Zieles einer möglichst umfassenden Einbeziehung und Eingliederung der bei uns lebenden Migranten in unsere Gesellschaft. Die Verwirklichung solcher Teilhabe setzt zu allererst die Bereitschaft der Zugewanderten und Zuwandernden voraus, sich um die Eingliederung in die sie aufnehmende Mehrheitsgesellschaft in glaubwürdiger und hinreichender Weise zu bemühen. Sie erfordert im Gegenzug aber auch das aktive und engagierte Bemühen der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft sowie schlüssige politische Migrations- und Integrationskonzepte.

An beiden Voraussetzungen mangelte es bis in die jüngste Vergangenheit hinein leider gleichermaßen. Weder wollte man in der Vergangenheit in ausreichendem Maße erkennen, dass Deutschland längst zum faktischen Einwanderungsland von Millionen von Zuwanderern geworden ist, noch zog man aus den sich bereits damals deutlich abzeichnenden Problemlagen die entsprechenden politischen Konsequenzen. Ebenso wenig wagte man, sich vielerorts einzugestehen, dass sich bestimmte Migrantengruppen und Zuwanderermilieus leider bis heute der Integration in unsere Gesellschaft verweigert und in Parallelgesellschaften dauerhaft abgesondert haben.

Erst spät wurde in unserem Land erkannt, dass Integration keine Einbahnstraße sein kann und sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch die zu Integrierenden konsequent herausfordert. Integration muss daher aufs Neue gefordert und gefördert werden.

## Integrationsaufgaben vor dem Hintergrund wachsender Migration

Der EAK der CDU/CSU begrüßt die Diskussionen um eine neue realistische Integrationspolitik, die nun allgemein als notwendig anerkannt wird. Es besteht zum einen bei den bereits seit längerem unter uns lebenden Zuwanderern ein dringender Handlungsbedarf in Bezug auf eine konsequent nachzuholende und die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit korrigierende Integrationspolitik. Zum anderen werden wir auch künftig mit weltweiten Migrationsströmen zu rechnen haben, die auch vor den Toren Europas und Deutschlands nicht halt machen werden. Auch diese Phänomene transnationaler Migration lassen es nötig erscheinen, nicht länger an einer bloß defensiv-reaktiven, sondern bewusst gesteuerten und aktiven, d.h. an einer auch an Deutschen Interessen orientierten Einwanderungspolitik weiter zu arbeiten. Wir fordern in diesem Zusammenhang den gezielten Abbau bzw. die effektive Sanktionierung von Integrationsverweigerung gegenüber unseren grundlegenden rechtsstaatlichen Werten und Prinzipien. Unzureichender Mitwirkungsbereitschaft der zu Integrierenden muss entschieden entgegengetreten werden. Hierzu gehören beispielsweise eklatante Sprachdefizite, religiös-kulturell motivierte Grundrechtsverstöße (Frauendiskriminierung, familiäre Gewalt, Zwangsehen, sog. „Ehrenmorde“) oder auch eine insgesamt fehlende freiheitlich-demokratische Rechtstreue („Islamismus“, religiöser Fanatismus). Zu den selbstverschuldeten Integrationshindernissen von Zuwanderergruppen, die nicht akzeptabel sind, zählen in diesem Zusammenhang die religiös-kulturell verbrämten Verweigerungen gegenüber den „schlichten kulturellen Standards des Westens (...) wie Sport, Schwimmen, Sexualkundeunterricht, Koedukation“ und „Klassenfahrten“ (Ralph Giordano).

Auch die Sorge um die überproportionale Bildungsferne, die weit verbreitete berufliche Chancenlosigkeit oder die statistisch erhöhte Anfälligkeit für das Abgleiten in kriminelle und verfassungsfeindliche Milieus bei jüngeren und jugendlichen Migranten darf uns nicht länger kalt lassen. Ein wichtiger Schlüssel zur Ermöglichung hinreichender Teilhabe für diese Gruppen liegt in der Bildungsförderung. Diese könnte durch die Auferlegung vorschulischer Sprachförderungsverpflichtungen, die verstärkt zu realisierende Einbindung der verantwortlichen Herkunftselternhäuser und zusätzliche institutionelle Bildungsangebote (Ganztagsschulen) bzw. Fördermaßnahmen (integrative Stadtteilarbeit, sozialpädagogisch betreutes Quartiersmanagement, etc.) verbessert werden. Nicht zuletzt wird der Erfolg unserer Integrationsbemühungen aber auch entscheidend davon abhängen, dass diese Aufgabe nicht nur an den Staat und die Politik delegiert wird, sondern auch als zivilgesellschaftliche Herausforderung und Verantwortung neu begriffen wird.

# Gerechte Teilhabe sichern

„Wohlstand für alle“ und „Gerechte Teilhabe“ sind nur in einer effektiven und effizienten Wirtschafts- und Sozialordnung möglich – Gedanken der EAK-Grundsatzprogrammkommission zum neuen Grundsatzprogramm der CDU



*Deutschland ist im weltweiten Vergleich ein außerordentlich reiches Land. Die Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, um allen in Deutschland Lebenden ein Auskommen zu verschaffen, das sie nachhaltig vor materieller Armut schützt, sind groß, wenn alle mitwirken. Materielle Armut hat eine besondere Schärfe, Armut kann aber nicht auf eine materielle Dimension verkürzt werden. Armut ist vor allem fehlende Teilhabe.*

Die Herausforderung, Armut entschlossen zu bekämpfen, stellt sich heute in anderer Weise als früher: Zwar muss auch heute dafür gesorgt werden, dass Menschen in materieller Hinsicht so gestellt werden, dass ein Leben in Würde möglich ist. Aber solidarisch gewährte materielle Unterstützung und ein staatlich gestützter Arbeitsmarkt reichen nicht aus, um nachhaltig vor Armut bewahrt zu bleiben:

Während vor 30 Jahren noch Arbeitsplätze im warenproduzierenden Bereich niedrig qualifizierter Arbeit vorhanden waren und geschaffen werden konnten, sind solche nun in großem Umfang in Niedriglohnländer verlagert worden. Wir können nur soviel teurer sein wie wir besser sind.

## Eines Leibes in Christus

Das christliche Verständnis von Teilhabe gründet in der den Menschen geschenkten Teilhabe an der Wirklichkeit Gottes. Die Bibel hebt die unveräußerliche Würde des Menschen hervor und illustriert die Überzeugung von der jedem Menschen gegebenen Fähigkeit zur aktiven Teilhabe unter anderem in der Symbolik des einen Leibes in Christus (Röm 12, 3-8; 1.Kor. 12). Deshalb müssen Voraussetzungen geschaffen und verbessert werden, dass möglichst viele Menschen auch tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen, als auch sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können.

## Vom Kind her denken

Für Kinder und Jugendliche sind Wege aus der Armut besonders schwierig, da sie sich von allen am wenigsten aus eigener Kraft aus einer chancenarmen Lebenslage und aus einer chancenarmen Lebensperspektive befreien können. Ihre schwierige Situation wird nicht selten durch das familiäre Umfeld verschärft: Scheidungsfolgen, unwirtschaftliches

Ausgabenverhalten oder Suchterkrankungen sind wichtige Stichworte. In der Lebenswirklichkeit führt dies oft dazu, dass viele Hilfsangebote bei den Kindern und Jugendlichen gar nicht oder nur unzureichend ankommen. Deshalb sind Hilfen so weiter zu entwickeln, dass sie möglichst dicht an den jungen Menschen ansetzen. Bestehende Hilfen sind besser zu vernetzen. Wichtig ist, Strategien gegen die Übertragung von Armut von Generation zu Generation zu entwickeln. Entscheidend wird immer mehr, Bildungsmöglichkeiten bereit zu stellen, um eine gerechte Teilhabe aller zu ermöglichen. Bildung ist die Neue Soziale Aufgabe des 21. Jahrhunderts.

## Soziale Marktwirtschaft: Das Recht über ökonomische Macht

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist ein gesellschaftspolitisches Programm für alle, das auch protestantische Wurzeln hat. Der Markt ist nach dieser Konzeption ein Instrument, nicht Ziel: „Der Rechtsstaat kann sich nur dort vollständig durchsetzen, wo zugleich mit seiner rechtlich-staatlichen Ordnung eine ‚adäquate‘ Wirtschaftsordnung verwirklicht ist“, schrieb Walter Eucken in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“.

Und Walter Eucken hat auch die Probleme reflektiert, die heute Anlass zur Forderung nach einem „Mindestlohn“ sind. Die Ursache sieht er in einem „anormalen Verhalten des Angebots“, so heißt das in seiner Sprache. Bei Wirtschaftswissenschaftlern gilt ein Verhalten als normal, wenn das Angebot bei steigenden Preisen steigt und die Nachfrage bei sinkenden Preisen steigt. Und in der Sprache der Wirtschaftswissenschaftler bieten Menschen ihre Arbeitskraft an, die von Unternehmern nachgefragt wird. In der Alltagssprache ist das anders: Dort sprechen wir von Arbeitsangeboten, wenn freie Stellen gemeint sind. Eucken fragt, ob mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen, wenn die Löhne sinken. Ja, es gibt solche Ausnahmefälle. Eucken erklärt dies so: „Ein Beispiel: Infolge der Vermehrung der Bevölkerung kann in einer Gegend ein Lohndruck einsetzen, der sich verschärft,

wenn infolge des Lohndrucks die Familien gezwungen sind, mehr Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt zu senden. Oder: wegen Ausführung technischer Verbesserungen finden auf einzelnen Arbeitsmärkten Entlassungen statt, die ein Abgleiten der Löhne bewirken. Die Herstellung eines neuen Gleichgewichts kann dadurch erschwert werden, dass der Lohnrückgang zu vermehrtem Angebot von Arbeitskräften Veranlassung gibt, also nicht nur die die zunächst entlassenen, sondern noch weitere Arbeiter Beschäftigung suchen.“

### Heute beobachten wir genau dies, was Eucken beschreibt:

- Menschliche Arbeitskraft ist mobiler geworden und wird noch mobiler: vor allem nach dem Auslaufen von Übergangsregelungen, die mit Blick auf die Osterweiterung der Europäischen Union in Deutschland ergriffen wurden, wird der Lohndruck auf den deutschen Arbeitsmarkt steigen.
- Technische Verbesserungen sind weitere Ursachen für Entlassungen. In den 1970er Jahren waren dies für alle augenfällig die SB-Tankstellen. Der Tankwart

als Beruf entfiel aufgrund der täglichen Konsumententscheidungen. Heute wird der Kunde immer mehr sein eigener Sachbearbeiter, Stichwort: Online-Banking.

Folge ist eine Ausbreitung niedriger Löhne. Euckens Schlussfolgerung: „Wenn sich trotzdem das Angebot auf einem Arbeitsmarkt nachhaltig anormal verhalten sollte, würde die Festsetzung von Minimallöhnen akut werden.“ Eucken spricht sehr sorgfältig von „einem Arbeitsmarkt“, nicht „dem Arbeitsmarkt“. Er spricht von „Minimallöhnen“, nicht vom „Mindestlohn“.

### Verbot sittenwidriger Löhne handhabbar machen

Das heißt, dass die konkrete Schau auf Branchen vorzunehmen ist. Es ist bemerkenswert, dass die Zahlung nicht-existenzsichernder Löhne in Deutschland gerade in den Bereichen auftritt, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen: Wer fliegt schon für einen Haarschnitt in die Volksrepublik China? Welches Unternehmen lässt die Fenster seines Glaspalastes im Reich der Mitte putzen? Der Entwurf

eines Grundsatzprogramm, den der CDU-Bundesvorstand am 1. und 2. Juli 2007 in Berlin beschlossen hat, schlägt hierzu folgende Aussage vor: „Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.“ (Ziffer 178). Dieser Satz steht mit den Überlegungen von Eucken im Einklang und ist auch sprachlich gut formuliert. Die Zahlung sittenwidriger Löhne ist bereits heute unzulässig. Dies muss aber heute im Einzelfall durch eine gerichtliche Entscheidung festgestellt werden. Dies ist sehr schwierig und kaum geeignet, die Missstände zu beseitigen. Die vorgeschlagene Formulierung zeigt auf, dass mehr zu machen ist, als es der heutigen Rechtslage entspricht. Das „Wie“ muss in einem Grundsatzprogramm nicht beschrieben werden. Dies ist nicht seine Aufgabe, sondern seine Grenze. Wichtig ist das Ziel: Wer den ganzen Tag arbeitet, der soll damit seine Existenz sichern können.

| Die EAK-Grundsatzprogramm-Kommission ist die gemeinsam vom EAK-Bundesvorstand und den EAK-Landesverbänden eingesetzte Arbeitsgruppe, die die Diskussion zum neuen CDU-Grundsatzprogramm begleitet.

# Der EAK auf dem 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln

Empfang im Schokoladenmuseum  
mit zahlreichen prominenten Gästen aus Politik und Kirche

Mehr als 100.000 Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt trafen sich Anfang Juni dieses Jahres zum 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln unter dem Motto **lebendig und kräftig und schärfer (Hebr. 4,12)**. Dem Anspruch, Profil zu zeigen und den Nächsten gegenüber Verantwortung zu übernehmen, wollten sich auch die Christen in der Union stellen.

Zusammen mit den Unionsvereinigungen, CDA, Frauen Union, Junge Union, RCDS und Senioren Union war der EAK deshalb mit einer Standgemeinschaft auf dem „Markt der Möglichkeiten“ auf dem Kölner Messegelände vertreten. Zahlreiche Kirchentagsbesucher hatten

dort Gelegenheit, sich über die vielfältige Arbeit der Unionsvereinigungen zu informieren. Zu den prominenten Vertretern am Stand zählte unter anderem **Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble** MdB, der den Kirchentagsgästen zum Gespräch zur Verfügung stand.

Wie schon beim 1. Ökumenischen Kirchentag in Berlin im Jahr 2003 und beim 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover lud der EAK auch in diesem Jahr wieder zu einem Empfang ein, der im Schokoladenmuseum in Köln stattfand. Neben Bundesfamilienministerin **Dr. Ursula von der Leyen** MdB, dem EKDRatsvorsitzenden **Bischof Dr. Wolfgang Huber**, dem Präses der Evangelischen

Kirche im Rheinland, **Präses Nikolaus Schneider**, und dem Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Dr. Jürgen Rüttgers** MdL, zählte weitere Prominenz aus Politik und Kirche zu den Gästen, darunter Kanzleramtsminister **Thomas de Maizière**, die ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden **Peter Hintze** MdB und Bundesminister a.D. **Jochen Borchert** MdB, der Bevollmächtigte des Rates der EKD beim Bund, **Prälat Stephan Reimers**, der ehemalige Kirchentagspräsident, **Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel**, der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, **Hartmut Steeb**, und zahlreiche Landesbischöfe, u. a. den leitenden Bischof der VELKD, **Landesbischof Dr. Johannes**



**Friedrich** (München). Anknüpfend an das Kirchentagsmotto „Lebendig und kräftig und schärfer“ führte der EAK-Bundesvorsitzende **Thomas Rachel** MdB in seiner Begrüßungsrede aus, dass seiner Meinung nach der Begriff der „Schärfe“ für diesen Kirchentag besonders prägend sei, denn erfreulicherweise sei allenthalben zu beobachten, dass das Evangelische wieder mehr an Profil gewinne. Dass auch profilierte christdemokratische Politik „Schärfe“ haben und zum Teil scharfe Gegenreaktionen hervorrufen könne, habe Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** bewiesen. Sie trete lebendig und kräftig und schärfer für die Familien in diesem Lande ein, wofür er ihr seinen herzlichen Dank aussprach.

Der EKD-Ratsvorsitzende, **Bischof Dr. Wolfgang Huber** sagte in seiner Ansprache, dass es seiner Meinung nach kein Schaden sei, dass der G8-Gipfel zeitgleich mit dem Kirchentag stattfindet, sondern im Gegenteil sogar ein glücklicher Umstand, da auf diesem Kirchentag auch manche Forderung laut und deutlich erhoben wurde und auch weiter erhoben werde, die über das Ergebnis von Heiligendamm hinausgehe. In diesem Zusammenhang sprach er persönlich und im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland seinen Respekt für die ehemalige EAK-Bundesvorsitzende und



Beim EAK-Empfang im Schokoladenmuseum (v. links): Dr. Ingo Friedrich, Dr. Ursula von der Leyen, Peter Hintze, Thomas Rachel

jetzige Bundeskanzlerin, **Dr. Angela Merkel** MdB, als Präsidentin des G8-Gipfels aus. Dem EAK dankte er als guter Gastgeber und Gesprächspartner, der ein wichtiger Bündnispartner der EKD in wichtigen Fragen sei. Bundesfamilienministerin **Dr. Ursula von der Leyen** betonte in ihrem Grußwort, dass das Wesensmerkmal nachhaltiger Politik ebenso wie das der zeitlosen Überzeugungskraft des christlichen Glaubens darin bestehe, dass man standhaft für Werte eintrete, die man für erhaltenswert erachte, aber gleichzeitig auch frage, welche Voraussetzungen in dieser Welt nötig seien, damit diese Werte gelebt werden können.

Anknüpfend an die Erläuterungen Jesu zu dem Gleichnis vom Sämann sagte

Präses **Nikolaus Schneider**, dass leider sowohl in der Politik als auch in der Kirche der Samen nicht immer auf fruchtbaren Boden falle, sondern gelegentlich auch auf Brachland. Das gemeinsame Anliegen müsse sein, auf den Feldern zu arbeiten, die Dornen und Disteln zu stutzen, damit die Saat fruchtbar und das Evangelium die Nahrung und die Speise für die Menschen werde, aus der heraus sie leben und sterben und die Welt gestalten könnten.

Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** hob in seiner Ansprache hervor, dass es wichtig sei, innerhalb der Christdemokratischen Union eine Stimme wie den EAK zu haben, die in der Lage sei, über die Tagespolitik hinaus das Wort zu erheben und für die Grundsätze und die Werte einzustehen, die das Fundament unserer Politik bilden. „Wenn wir das vor lauter Pragmatismus beschädigen, haben wir mehr beschädigt als dass wir nur irgendwo einen Fehler gemacht haben. Und weil der EAK über all die Jahrzehnte das immer verkörpert hat, so etwas war, wie das Salz in der christdemokratischen Familie, ein herzliches Dankeschön, Glück und Gottes Segen für die weitere Arbeit.“, so Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Mit Süßem aus dem Schokoladenbrunnen, Wein, Bier und Saft klang der Abend mit zahlreichen interessanten Begegnungen und Gesprächen aus.

Links: Dr. Wolfgang Schäuble am EAK-Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Mitte: Thomas Rachel begrüßt Dr. Ursula von der Leyen beim EAK-Empfang. Rechts: Gäste des EAK-Empfangs am Schokoladenbrunnen



Im Schokoladenmuseum (v. links): Präses Nikolaus Schneider, Bischof Dr. Wolfgang Huber, Kara Huber, Angelika Rüttgers, Dr. Jürgen Rüttgers



Links: Zu Gast in der Staatskanzlei in Potsdam. Mitte oben: Dr. Norbert Lammert. Unten: Thomas Rachel, Thomas Lunacek und Dr. Wieland Niekisch.

## 44. EAK-Bundestagung in Potsdam: „Integration – Herausforderungen und Chancen für Deutschland“

Thomas Rachel mit großer Mehrheit als EAK-Bundesvorsitzender wiedergewählt

Mit großer Mehrheit ist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, **Thomas Rachel** MdB, als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) auf der Bundesdelegiertenversammlung der 44. EAK-Bundestagung in Potsdam wiedergewählt worden. Rachel erhielt 95,18 % der gültigen Stimmen. Im Anschluss an die Wahl betonte Rachel, dass er das in ihn gesetzte Vertrauen dazu nutzen wolle, sich auch weiterhin für eine überzeugende Politik mit einem klaren christlichen Wertefundament einzusetzen.

Bei seiner Ansprache vor den 300 Tagungsteilnehmern bedankte sich der Generalsekretär der CDU Deutschlands, **Ronald Pofalla** MdB, für die gute Mitarbeit des EAK beim vorliegenden Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms. Mit Bezug auf das Thema der EAK-Bundestagung „Integration – Herausforderungen und Chancen für Deutschland“

sagte Pofalla, dass sich die Union entschieden dafür einsetze, dass keine weiteren Parallelgesellschaften entstehen bzw. die Parallelgesellschaften, die vereinzelt in deutschen Großstädten existierten, aufgelöst werden. Nur so könne die Idee eines „Integrationslandes Deutschland“ verwirklicht werden. Grundlage hierfür sei die allgemeine Akzeptanz einer „Leitkultur“ in dem Sinne, dass alle Menschen, die in unserem Land leben und die zu uns kommen, eine gemeinsame Wertegrundlage haben, auf die sie sich verständigen und die das verträgliche Zusammenleben erst ermögliche. Abschließend bedankte sich Ronald Pofalla bei Thomas Rachel für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die er mit ihm als EAK-Bundesvorsitzenden pflege.

In seiner Rede vor den Delegierten und Gästen bemerkte Rachel, dass ein „dringender Handlungsbedarf in Bezug auf eine konsequent nachzuholende und die Fehler und Versäumnisse der

Vergangenheit korrigierende Integrationspolitik“ bestehe. „Deshalb ist es wichtig, dass wir als Evangelischer Arbeitskreis unsere evangelische Verantwortung in Politik und Gesellschaft wahrnehmen. Zwei Extremen müssen wir entschlossen entgegen wirken, nämlich sowohl der Tendenz zur Integrationsverweigerung als auch der Tendenz zu fortschreitender eigener religiöser Analphabetisierung und Wertebeliebigkeit!“, führte Rachel aus.

Am Nachmittag sprach **Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert** MdB, zum Thema „Leitkultur und Integration“. Wer an „Integration und Zuwanderung und vor allen Dingen an den nicht auflösbaren Zusammenhang von beidem interessiert“ sei, müsse „ein Interesse an der Klärung und an der Durchsetzung der kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft haben, in die hinein Integration“ statfinde. In Bezug auf den Begriff „Leitkultur“ sagte er, dass er offenkundig „schwierig“, „missverständlich“, „erklärungsbedürftig“,



Oben: Ronald Pofalla. Unten: Dr. Hans-Martin Barth, Tobias Utter, Necla Kelek und Dr. Christoph Böhr

auf viele „provokierend“ wirke und damit die Diskussion erschwere, die er doch eigentlich befördern möchte. Dennoch halte er nach wie vor an diesem umstrittenen Begriff fest, denn „ohne die Provokation des Begriffs wäre die Debatte bis heute nicht zustande gekommen, die wir nun Gott sei Dank zumindest“ führten.

Beim Theologischen Abendgespräch nahmen sich die Buchautorin und Journalistin, **Necla Kelek**, **Prof. Dr. Hans-Martin Barth**, Professor für Systematische Theologie und **Dr. Christoph Böhr**, langjährige Vorsitzende der Wertekommission der CDU Deutschlands, des Themas „Herausforderungen Islam – zwischen Dialog und Kampf der Kulturen“ aus unterschiedlichen Perspektiven an. Necla Kelek appellierte in ihrem Eingangsstatement an die veränderungsbereiten Muslime, einen Weg der Vernunft zu gehen und eine Reform ihrer Religion zu betreiben, indem sie klug und maßvoll die Stärkung der Rechte des Einzelnen mit Hilfe der europäischen Gesetze fördern. Der Islam, wie er sich derzeit präsentiere, stelle sich in seinem ganzen Wesen als ein „Gegenentwurf zur aufgeklärten, säkularen Zivilgesellschaft“ dar. Dennoch sei sie der festen Überzeugung, dass jeder einzelne Muslim als gläubiger Mensch seinen Platz in dieser Gesellschaft finden könne, ohne den spirituellen Sinn oder eine Vielzahl der Riten seines Glaubens aufgeben zu müssen. Der Marburger Theologe Hans-Martin Barth stellte die These auf, dass der Kampf der Kulturen zwar nicht zu vermeiden sei, es aber darauf ankomme, wie er geführt werde, nämlich nach Möglichkeit

dialogisch. Zu diesem dialogisch ausgeprägten Kampf gebe es nach Meinung von Barth keine Alternative. Ein Ziel dieses Dialogs könnte „die Überwindung der scheinbar unausweichlichen Alternative von Integration und Integrationsverweigerung“ sein. Abschließend stellte er fest: „Man kann die Aufeinanderverwieseneheit von Islam und Christentum als providentiell verstehen. Der Islam setzt auf traditionelles Recht und droht dabei fundamentalistisch und starr zu werden. Das europäische Christentum setzt auf Freiheit und droht dabei, zur Auflösung der Gesellschaft und ihrer Moral beizutragen.“ Christoph Böhr konstatierte, dass er den Islam als eine „Kultur“ begreife, in der „Religion, gesellschaftliche Ordnung und Strukturen von Staatlichkeit untrennbar miteinander verflochten“ sind. Deshalb gehe es in der aktuellen Debatte nicht um religiöse Aspekte, sondern auch um Machtansprüche. Ausgehend von der Feststellung, dass er das Menschenbild der islamischen Kultur mit dem europäischen Menschenbild für nicht kompatibel halte, appellierte er an alle am derzeitigen gesellschaftlichen Diskussionsprozess beteiligten Gruppen für mehr Offenheit und Klarheit. Es mache keinen Sinn, Unterschiede zu leugnen, stattdessen könnten sie nur überwunden werden – auch wenn es schmerzlich sei –, wenn man sie beim Namen nenne und auf eine wahrhaftige und ehrliche Weise miteinander darüber rede.

Der Tag klang aus mit einem Empfang der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion in der Staatskanzlei in Potsdam, zu dem die Gäste der EAK-Bundestagung vom CDU-Fraktionsvorsitzenden **Thomas Lunacek** MdL und vom CDU-Kreisvorsitzenden von Potsdam, **Dr. Wieland Niekisch** MdL begrüßt wurden. Für die brandenburgische Landesregierung hatte am Vormittag der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg, **Ulrich Junghanns** MdL, den Delegierten und Gästen ein Grußwort entboten.

Der nächste Tag begann mit einem Gottesdienst in der St. Nikolaikirche in Potsdam, den der ehemalige EAK-Bundesgeschäftsführer, **Oberkirchenrat Dr. Bernhard Felmberg**, und **Pfarrerin Susanna Weichenhan** gestalteten. Den feierlichen Höhepunkt erreichte die Bundestagung mit der Verleihung der „Ehrenmedaille des EAK zum Gedenken an Hermann Ehlers“ an den EKD-Ratsvorsitzenden, **Bischof Dr. Wolfgang Huber**.

| Die Predigt von OKR Dr. Bernhard Felmberg und weitere Texte der Bundestagung sind unter [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de), Rubrik „Bundestagung“ abrufbar.

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich,

Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

**Redaktion** Melanie Liebscher,

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,

Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,

E-Mail: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de), [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,

Konto-Nr. 266 098 300

### Autoren

• Bischof Dr. Wolfgang Huber

Ratsvorsitzender der EKD

Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover

• Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

• EAK-Grundsatzprogramm-Kommission,

c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle,

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

**Druck** Druckerei Conrad

**Gestaltungskonzeption/Realisation**

Agentur kollundkollegen., Berlin

**Fotonachweis**

Titelseite, S. 17: [www.joschwartz.com](http://www.joschwartz.com);

S. 3, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 18, 19: Joachim Wolf; S. 15:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

## Spendenstand

Seit dem 2. Dezember 2006 haben insgesamt 320 Leserinnen und Leser 14.625,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

*„Und wer nicht sein Kreuz trägt und **mir nachfolgt**,  
der kann nicht mein Jünger sein.“ (Luk 14,27)*

Jesus will uns dahin führen, wo es kein Ausweichen und kein Verdrängen mehr geben kann. Vielleicht können wir begreifen, was er mit diesen harten Worten meint, wenn wir von Menschen lernen, die sich in schwierigen Grenz-Situationen ihres Lebens befinden, und die von dieser Grenze her ihr bisheriges und künftiges Leben völlig neu zu sehen und zu verstehen gelernt haben. Sterbens- und Schwerstkranke beispielsweise erfahren ihr Leben oftmals völlig anders als vor ihrer Erkrankung. Menschen auf der Flucht, Menschen im Krieg und nach Katastrophen begreifen schmerzlich, dass von einem Augenblick zum anderen womöglich nichts von dem bleibt, was sie sich ihr ganzes Leben über erarbeitet und aufgebaut haben. Sie erfahren den Verlust all dessen, was ihnen in diesem Leben lieb und teuer gewesen ist, nicht zuletzt den Verlust ihrer Liebsten selbst.

Die Perspektive der deutlich begrenzten noch verbleibenden Zeit entzaubert plötzlich alles nur Vorläufige und trennt das Letzte und Wesentliche klar vom Vorletzten und Unwesentlichen. Es geht also darum, die Lebenszeit, die Gott uns zumisst, als kostbares Geschenk zu ergreifen. Es geht darum, unserem Leben auch im Alltag unserer Tage vom Evangelium her neue Kontur und Tiefenschärfe zu geben. Dies kann uns dann die nötige Kraft geben, immer wieder inne zu halten und Abstand zu gewinnen, von den Dingen, die uns Zeit, Schlaf und Nerven rauben, auf dass wir schließlich deutlicher und genauer sehen lernen, was auch in unserem Tagwerk zu verrichten oder besser zu unterlassen ist.

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

